



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin


An die
Genossinnen und Genossen
in Tempelhof-Schöneberg und
Reinickendorf


per Mail


Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027


 (030) 227.737 50


 (030) 227.762 50

 mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

 (030) 720 13 884

 (030) 720 13 994

 mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 12.09.2011

Infobrief zu den Debatten zum Europäischen Rettungsschirm EFSF

Liebe Genossinnen und Genossen,

während wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns im Endspurt des Wahlkampfes befinden und uns dabei vor allem mit Berliner Themen beschäftigen, hat im Deutschen Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche die 1. Lesung zur Erweiterung des europäischen Rettungsschirms EFSF, genauer der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ (Drs. 17/6916) begonnen. Dass dieses Thema Bürgerinnen und Bürger nicht unberührt lassen, merken wir aber auch im Straßenwahlkampf.

Die Diskussionen zum Europäischen Rettungsschirm und zur Griechenland-Hilfe sind ebenso schwierig wie das Metier selbst. Entscheidungen werden auch nicht einfacher durch den Streit der Regierungsfractionen untereinander. Auf jeden Fall sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit unserer Meinung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am vergangenen Mittwoch bestätigt worden: Die milliardenschweren Euro-Hilfen Deutschlands sind verfassungsgemäß. Ich begrüße, dass die VerfassungshüterInnen angeordnet haben, dass wir ParlamentarierInnen umfassende Mitspracherechte haben. Wir brauchen die bei diesen Entscheidungen die demokratische Legitimierung durch den Deutschen Bundestag. In Europa ist Deutschlands Stimme gewichtig, aber wir entscheiden nicht allein. Nur ein breiter europäischer Konsens bringt die Eurozone nachhaltig aus der Gefahr einer neuen Finanzkrise. Für uns SozialdemokratInnen ist die Handhabung der aktuellen Re-Finanzierungskrise der Eurozone deshalb so bedeutsam, weil es neben der ökonomischen Herausforderung auch um einen Grundwert unserer Partei geht: um Solidarität auf nationaler und internationaler Ebene. Die schon im Heidelberger Programm 1925 entwickelten friedens- und europapolitischen Grundsätze haben immer unsere Haltung zu internationalen Fragen bestimmt. Schon damals haben wir uns für die Verwirklichung einer Interessen-solidarität der Völker in den „Vereinigten Staaten von Europa“ ausgesprochen.

Mit diesem Schreiben schildere ich Euch den aktuellen Zwischenstand dieser schwierigen Debatte, damit Ihr auch medienunabhängige Informationen habt.

Während der 1. Lesung zur Erweiterung des europäischen Rettungsschirms EFSF am vergangenen Donnerstag haben Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble scharf kritisiert. Zu Recht mussten sich die beiden Fragen nach ihrem Schlingerkurs gefallen lassen, der die gesamte europäische und internationale Politik und die Finanzmärkte irritiert hat - letztlich für uns alle auch teuer geworden ist.

Die SPD wirft der Kanzlerin vor allem ihr viel zu zögerliches Agieren in der Eurokrise vor. Damit verspielt sie die Möglichkeit, jetzt für langfristige Stabilität zu sorgen.

Wie ist die Situation?

Bekanntermaßen hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise vor Deutschland und der Europäischen Union nicht Halt gemacht. Unregulierte Finanzmärkte sind eine Hauptursache der Krise und haben immer weiter zu deren Verschärfung beigetragen. Darauf haben wir SozialdemokratInnen von Anfang an hingewiesen. Jetzt geht es sogar um die Zukunft der gemeinsamen Währung. Mehr noch: Es geht um die Zukunft unseres gemeinsamen Europa. Fakt ist: Deutschland braucht den Euro - ebenso wie Europa. Ohne den Euro wären die negativen Auswirkungen der Finanzkrise in Deutschland noch stärker ausgefallen.

Seit Mai vergangenen Jahres diskutieren wir über die richtigen Maßnahmen zur Beendigung dieser Krise und auch darüber, wie eine Wiederholung der gegenwärtigen Probleme in Zukunft vermieden werden kann. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits damals entsprechende Anträge mit Lösungsvorschlägen eingebracht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer Verzögerungstaktik und einer wenig konstruktiven Ablehnung verschiedener Lösungsvorschläge wesentlich dazu beigetragen, die Krise zu vergrößern. Außerdem hat diese Bundesregierung dem guten Ansehen Deutschlands in Europa geschadet.

All das bestimmte die teilweise turbulente Debatte in der vergangenen Haushaltswche mit.

Sigmar Gabriel hat Bundeskanzlerin Merkels Nein zu den Eurobonds gekontert, indem er klargestellt hat, dass mit diesem Nein die Haftung für die Schuldtitel, die die Europäische Zentralbank aufgekauft hat, voll bei den Steuerzahlenden bleibt. Deshalb hat er ihre Haltung als Einführung von „Merkel-Bonds“ tituliert, die die EZB zur BAD Bank Europas gemacht hat. Jetzt will Merkel die Schulden weiter vergemeinschaften, indem

sie für den Ankauf von Schuldtiteln mittels EFSF wirbt, der „zweiten Tranche der Merkel-Bonds“. Deutschland haftet bereits mit rund 200 Milliarden Euro. Gabriel nennt das mit Blick auf die Banken und Spekulanten auch „Verlustsozialismus“.

Was fordert die SPD? Wofür setzen wir uns ein?

Stärkung der Europäischen Institutionen

Eine europäische Stärkung kann heutzutage nur integrativ, nicht mehr intergouvernemental gelinge. Die dafür vorgesehenen Institutionen sind die EU-Kommission und das EU-Parlament. Für deren stärkere Einflussnahme auf die Finanz- und Steuerpolitik verschuldeter Mitgliedstaaten sprechen wir uns aus.

Stärkung der Rechte des Parlaments

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es eine gute Nachricht, dass die Kläger (u.a. Herr Gauweiler) vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sind. Die VerfassungsrichterInnen haben die Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt. Die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages wurden gestärkt. Die RichterInnen in Karlsruhe stellen in ihrem Urteil unter anderem fest, dass es keinen Automatismus für Zahlungen geben darf, der die Rechte des Bundestags, über den Haushalt zu entscheiden, aushebelt. Der Bundestag muss die Kontrolle über grundlegende haushaltsrechtliche Entscheidungen behalten. Einzelne Hilfsmaßnahmen wie beispielsweise das Euro-Rettungspaket müssen jeweils vom Parlament gebilligt werden.

Gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds)

Die SPD-Fraktion ist in der Haushaltsdebatte für gemeinsame Staatsanleihen eingetreten. Der Vorwurf, damit müsste sich Deutschland an einer Vergemeinschaftung von Schulden beteiligen, ist dumm, denn eine Vergemeinschaftung der Schulden gibt es längst, etwa durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB). Für diese müssen alle Euro-Länder letztlich geradestehen, ebenso für Rettungsgelder.

Einerseits profitieren alle Länder durch die teilweise Gemeinschaftshaftung von den insgesamt niedrigeren Zinsen. Auf der anderen Seite bleibt der Reformdruck auf verschuldete Staaten durch die weiter existierenden nationalen Anleihen bestehen. Sicher werden durch Eurobonds Aufschläge für Bundesanleihen fällig, diese werden aber letztlich günstiger sein als ein Zusammenbruch der Währungsunion bzw. als ständig neue finanzielle Hilfspakete.

Europaweite Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer)

Wir, die SPD und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, wollen eine europaweite Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Denn nur mit Haushaltsdisziplin allein lässt sich die Zukunft nicht gestalten. Wir brauchen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als europäische Ressource. Wir fordern die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer auch zur Eindämmung von Spekulationen.

Europäische Ratingagentur

Als Gegengewicht zu privaten Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen über die Zukunft von Staaten urteilen, muss eine europäische Ratingagentur installiert werden, die die Bonität von Ländern bewertet.

Europäische Wirtschaftsregierung

Um auf Dauer Stabilität zu erreichen kommen wir mittelfristig, so auch die Einschätzung unabhängiger ExpertInnen, um eine Änderung des EU-Vertrags nicht herum. Das heißt für die Staaten der EU, einen Teil ihrer Verantwortung an eine Europäische Wirtschaftsregierung abzugeben. Nur so wird eine Kontrollinstanz zur Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten erreicht.

Wir fordern eine vom Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament kontrollierte Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch hier müssen wir mehr Demokratie wagen!

Zinsnachlass für Griechenland

Wir fordern einen sofortigen und massiven Zinsnachlass für Griechenland. Zinszahlungen sind keine Strafmaßnahmen, um den Staat zu geißeln, so tief in die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen, dass diese keine Zukunft für ihr Leben sehen. Nach wie vor muss es auch den Griechinnen und Griechen ermöglicht werden, durch wirtschaftliches Wachstum und nicht durch neue Kredite einen Abbau der Schulden zu tätigen.

Sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt

Ein sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt ist unsere Antwort auf das konservative Wettbewerbsmodell. Unser Ziel eines sozialdemokratischen Europas ist eine demokratische und soziale Wohlstandsunion. Europaweite Mindestlöhne, beispielsweise ausgerichtet an der Höhe nationaler Durchschnittseinkommen, sowie eine Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage mit einem Mindestsatz zur Vermeidung von Steuerdumping gehören dazu.

Die SPD agiert ökonomisch sinnvoll. Die SPD tritt für ein soziales Europa ein.

Angesichts der weitreichenden Bedeutung Entscheidungen, die noch in diesem Herbst getroffen werden müssen, bin ich sehr froh, dass die Finanzexpertinnen und -experten unserer Fraktion sich von Anfang an als sehr sachkundig und gewissenhaft gezeigt haben. Auch deshalb erleben wir nun, dass Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble nach und nach unsere Positionen aus dem vergangenen Jahr übernehmen.

Selbstverständlich wollen wir SozialdemokratInnen, dass alle Länder der Europäischen Union ihre Hausaufgaben zur Konsolidierung machen. Wir erleben in Griechenland derzeit einen für die Bevölkerung sehr harten Sparkurs. Dieser ist aber notwendig, um das Vertrauen in Griechenland als zuverlässigen Schuldner zu rechtfertigen. In den kommenden Tagen werden ExpertInnen der Europäischen Kommission, der

Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor Ort erneut prüfen, wie gut das Land seine Staatsfinanzen wirklich saniert hat.

Ich möchte keinen Rauswurf eines Staates aus der Euro-Zone und finde entsprechende Diskussionen in der CSU und FDP verantwortungslos - aus friedenspolitischen Gründen ebenso wie aus ökonomischen und demokratietheoretischen. Es kann nicht angehen, dass die Finanzmärkte Testballons über den Verbleib oder Rausschmiss erst von Griechenland, dann gegebenenfalls Irland, Portugal, Spanien oder irgendwann Italien in der gemeinsamen Währungsunion starten. Der Euro darf nicht an der deutsch-französischen Grenze seine Gültigkeit verlieren. Deutschland profitiert schließlich besonders von der Gemeinschaftswährung. Und außerdem: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für das Primat der Politik über die Finanzmärkte.

Mit herzlichen Grüßen

Eure

Hedtrild Pawet